

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 0110/2016 (VWD)

Interpellation Felix Lang (Grüne, Lostorf): Nach dem Tierschutzfall in Boningen ist die Glaubwürdigkeit des Veterinärdienstes in Frage gestellt (29.06.2016)

Hinter dem Fall Boningen mit 15 verendeten Rindern/Kühen steht offenbar ein menschliches Einzelschicksal. Für das Tierwohl und die Tiergesundheit soll trotzdem weiterhin in erster Linie die Selbstverantwortung der Tierhalter/innen gelten. Was aber, wenn diese Selbstverantwortung, aus welchen Gründen auch immer, nicht oder nicht mehr genügend wahrgenommen wird? Der Fall Boningen ist und bleibt hoffentlich in diesem Ausmass ein absoluter Einzelfall. Dennoch bleiben neben der ganzen Tragik einige unbeantwortete Fragen und ein unglaublich gewordenen Veterinärdienst zurück. Hier besteht Handlungsbedarf. Die Glaubwürdigkeit des Veterinärdienstes muss wieder hergestellt werden. Dazu bitten wir die Regierung nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wie kommt es, dass der Veterinärdienst in einer ersten Stellungnahme, der betroffene Betrieb sei bisher nicht als "Risikobetrieb" bekannt gewesen, kommuniziert und nachdem neue Fakten bekannt werden, diese Aussage revidieren muss?
2. Weshalb wurde der Kontrollrhythmus für diesen Betrieb nicht gekürzt, nachdem dieser dem Veterinärdienst als "Risikobetrieb" bekannt war?
3. Gibt es im Veterinärdienst für bekannte Risikotierhalter und -tierhalterinnen ein besonderes "Risikomanagement"? Wenn Nein, warum nicht? Wenn Ja, wie viele Landwirtschaftsbetriebe, wie viele andere Tierhalter/Tierhalterinnen sind derzeit im Kanton Solothurn davon betroffen? Gehörte der Betrieb in Boningen dazu? Was beinhaltet ein solches "Risikomanagement"? Unter was für Umständen kommen Tierhalter/Tierhalterinnen in ein solches "Programm"?
4. Welche fachlichen Ressourcen muss das Amt ausbauen können, um Meldungen von lästiger nachbarlicher Bespitzelung von tierschutzrelevanten Begebenheiten innert nützlicher Frist unterscheiden zu können? Welche zusätzlichen zeitlichen Ressourcen sind allenfalls nötig?
5. Sieht die Regierung, um einen Fall Boningen verhindern zu können, allenfalls Handlungsbedarf in personeller Hinsicht und/oder in gesetzgeberischer Hinsicht? Wenn Ja, welchen?
6. Ist die Regierung bereit, den Fall, insbesondere die Rolle des Veterinärdienstes, akribisch zu untersuchen, um daraus die notwendigen Lehren zu ziehen?
7. Die Kontrollorganisationen der Bio Suisse melden tierschutzrelevante Vergehen unverzüglich der zuständigen kantonalen Stelle. Meldet unser kantonaler Veterinärdienst umgekehrt tierschutzrelevantes Fehlverhalten ebenfalls unverzüglich der zuständigen Kontrollorganisation? Wenn nicht, warum nicht?
8. Was meint die Regierung zum Vorschlag, dass für solch gravierende Vorkommnisse amtsübergreifende professionelle Kommunikationsverantwortliche zur Verfügung stehen sollten?

Begründung 29.06.2016: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Felix Lang, 2. Nicole Hirt, 3. Rudolf Hafner, Markus Ammann, Johanna Bartholdi, Peter Brügger, Simon Esslinger, Claudia Fluri, Felix Glatz-Böni, Walter Gurtner, Rosmarie Heiniger, Peter Hodel, Doris Häfliger, Hardy Jäggi, Peter Kyburz, Beat Künzli, Fritz Lehmann, Hans Marti, Beatrice Schaffner, René Steiner, Thomas Studer, Daniel Urech, Felix Wettstein, Brigit Wyss, Barbara Wyss Flück (25)